

**Gute-Arbeit-Newsletter Nr. 20
17. September 2009**

1. Bundestagswahl am 27. September: Schwarz-Gelb verhindern!

Abschaffung der Mindestlöhne, Schleifen des Kündigungsschutzes, grenzenlose Managergehälter – das wird es in Deutschland geben, wenn Schwarz-Gelb eine Mehrheit bekommt. Alles, was die SPD unter Rot-Grün durchgesetzt und in der Großen Koalition gegen den Widerstand von CDU und CSU erkämpft hat, wird eine schwarz-gelbe Regierung Stück für Stück zurückschrauben.

Vor genau einem Jahr - am 15. September 2008 - gab die Investmentbank Lehmann Brothers ihre Pleite bekannt. Das Bankensystem brach zusammen, die Finanzkrise griff auf die Wirtschaft über. Mit zwei Konjunkturprogrammen hatte die SPD dafür gesorgt, dass die Folgen der Wirtschaftskrise abgemildert wurden. Dank der Kurzarbeit- und Qualifizierungsprogramme konnten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in gefährdeten Betrieben ihre Jobs behalten. Merkel, Kauder, Koch&Co. dagegen brachten keinen einzigen Vorschlag ein. Jetzt kämpft die SPD für strenge Regeln auf den Finanzmärkten und für die Begrenzung der Managergehälter. CDU, CSU und FDP werden versuchen, das zu verhindern. Deshalb: **Wer Schwarz-Gelb verhindern will, muss am 27. September SPD wählen.**

Mehr Fakten zu Schwarz-Gelb: <http://www.schwarz-gelb-watchblog.de/>
und zur Finanzkrise: <http://www.youtube.com/watch?v=970rpXMtIF8>

2. „Mir für'n Steinmeier“ – Gewerkschafter und Betriebsräte rufen zur Unterstützung auf

Bayerische Künstler, Wissenschaftler, Gewerkschafter und Betriebsräte rufen dazu auf, Steinmeier zu wählen. In ihrem Aufruf begründen sie, warum: Frank-Walter Steinmeier „steht für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität in Bayern und Deutschland“. Die Unterstützerinnen und Unterstützer schreiben, wofür sie stehen: „Gemeinschaft und Zusammenhalt entstehen nur da, wo soziale Gerechtigkeit und Solidarität herrschen.“ Wer den Aufruf unterschreiben will, findet ihn unter:

<http://bayernspd.de/news/aufruf-der-unterstuetzerinitiative-mir-fuer-n-steinmeier/>

3. CDU verbreitet heiße Luft/Seehofer macht auf Chamäleon

Die CDU verbreitet im Wahlkampf nur heiße Luft. Angela Merkel hat kürzlich ihren „argumentativen Wahlkampf“ gelobt, obwohl sie bis heute nicht deutlich gemacht hat, wofür sie steht. Sie hat sich ein Abteil im Schlafwagen gemietet und hofft, dass sie bis zum 27. September nicht geweckt wird. Horst Seehofer dagegen bezieht dauernd Position - auch wenn es jeden Tag eine andere ist. „Seehofer ändert seine Meinung schneller als das Chamäleon die Farben“,

sagt der bayerische SPD-Landesvorsitzende Florian Pronold. „In Sonntagsreden erklärt er die CSU zur „Schutzmacht der kleinen Leute“. Von Montag bis Samstag arbeiten Seehofer und die CSU am genauen Gegenteil.“ Denn Seehofer hat mit der CSU die Durchsetzung von Mindestlöhnen blockiert und sich vehement dafür eingesetzt, die Millionäre bei der Erbschaftsteuer zu schonen. Merkel und Seehofer sind ein Team, wenn es darum geht, die Wählerinnen und Wähler zu täuschen.

<http://bayernspd.de/news/pronold-seehofer-macht-chamaeleons-konkurrenz/>

4. Vorgeschmack auf Schwarz-Gelb: Chef der Lech-Stahlwerke will 48-Stunden-Woche

Zu einer 48-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich will der Unternehmenschef der Lech-Stahlwerke in Meitingen bei Augsburg, Max Aicher, seine Belegschaft zwingen. Die Belegschaft droht mit Arbeitskampf, sobald die Friedenspflicht vorbei ist. Sie hat seit der Übernahme durch Aicher genug eingesteckt, die Ankündigung einer 48-Stunden-Woche bringt das Fass zum Überlaufen (siehe SZ vom 16. September). Solche Dreistigkeiten eines Unternehmers geben einen Vorgeschmack darauf, wie sich der Wind in Deutschland dreht, wenn Schwarz-Gelb an die Macht kommt. Dann werden sich Arbeitgeber wesentlich mehr trauen und ihre Belegschaften unter Druck setzen – mit Unterstützung von CDU-, CSU- und FDP-Politikern. Schon jetzt beschimpfen sie den Kündigungsschutz als eine „Hürde“ oder jammern über „mangelnde Flexibilität“, wenn sie mal wieder die Arbeitnehmerrechte beschneiden wollen.

<http://bayernspd.de/news/pronold-seehofer-mutiert-zum-sandmaennchen/>

5. Gleichstellung von Frauen: ein Gesetzentwurf von Schwesig und Scholz

Frauen haben am Monatsende im Durchschnitt 23 Prozent weniger Gehalt auf dem Konto als Männer. Manuela Schwesig, Sozialministerin in Mecklenburg-Vorpommern und im Steinmeier-Team zuständig für Gleichstellung, will die Lohnlücke schließen. Gemeinsam mit Bundesarbeitsminister Olaf Scholz hat sie vor wenigen Tagen einen Gesetzentwurf vorgestellt, der zu einer gerechten Entlohnung führen soll. Nach dem AGG, dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, soll ein gerechter Lohn einklagbar sein.

<http://www.spd.de/de/aktuell/nachrichten/2009/09/Die-harte-Lohnluecke-schliessen.html?pg=1&y=2009&m=9>

6. Zum Schulanfang in Bayern: 100 Euro für Kinder aus bedürftigen Familien

Alle Schülerinnen und Schüler, deren Eltern von Arbeitslosengeld II leben oder die auf den Kinderzuschlag angewiesen sind, bekommen 100 Euro auf die Hand, damit sie sich Schulranzen, Schreibzeug oder Bücher leisten können. Dieses Schulbedarfspaket gibt es von der ersten bis zur letzten Klasse – je nachdem wann die Jugendlichen die Schule beenden. CDU und CSU haben lange blockiert, die 100 Euro sollten nur bis zur 10. Klasse ausbezahlt werden. Die SPD konnte schließlich mehrere Erweiterungen durchsetzen. Sie kämpft dafür, dass alle Kinder und Jugendlichen eine gute Bildung bekommen. Bildung muss unabhängig vom Geldbeutel der Eltern sein.

Infos zum Schulbedarfspaket unter <http://www.bmas.de/portal/34584/>

7. Die schwarz-gelbe Giftliste – ein Plakat der SPD:

Die SchwarzGelbe Giftliste

Wirtschaftsminister Guttenberg hat seinen Plan für die Zeit nach der Wahl vorgelegt. Er entlastet die Wohlhabenden und belastet Normalverdiener und Familien.

Privatisierung des Sozialstaats
Die Sozialversicherungsbeiträge werden teurer und von den Lohnkosten entkoppelt. Das heißt: Alle zahlen mehr und können sich nicht mehr auf die staatliche Versorgung verlassen.

Abschaffung des Mindestlohns
Die Einführung von Mindestlöhnen soll gestoppt werden. Das heißt: Freie Fahrt für Dumpinglöhne.

Abbau von Arbeitnehmerrechten
Das Arbeitsrecht soll „flexibilisiert“ werden. Das heißt: Aufweichung des Kündigungsschutzes, Ausweitung der Leiharbeit und laxere Regeln für die Befristung von Arbeitsverträgen.

Höherer Steuersatz auf Lebensmittel
Schwarz-Gelb will den Steuersatz auf Lebensmittel erhöhen. Das trifft vor allem die Gering- und Normalverdiener.

**Schwarz-Gelb verhindern!
Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten!**

Unser Land kann mehr.

spd.de

SPD

Zu finden unter

http://www.wahlkampf09.de/medienbox?format_id=1&theme_id=#lightbox

oder zu bestellen unter

http://www.spd-shop.de/index.php?m_id=390

Bestellnummer: 1004451, Preis: 0,36 €

V.i.S.d.P.:

Larissa Schulz-Trieglaff

Pressereferentin

Bayerische SPD-Landesgruppe

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr beziehen wollen, können Sie sich jederzeit abmelden unter <http://spd-landesgruppe-bayern.de/gute-arbeit/newsletter-anmeldung-abmeldung/>